

Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen,
Netzwerk Tolerantes Sachsen und Kulturbüro Sachsen (Hg.)

POLITISCH HANDELN IM AUTORITÄREN SOG

Erweiterter Tagungsband

HESSAMM

IMPRESSUM

Herausgeber:innen: Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen,
Netzwerk Tolerantes Sachsen, Kulturbüro Sachsen



tolerantes sachsen 

V.i.s.d.P.: Kathrin Bastet
Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen e.V.
Kraftwerk Mitte 32 | 01067 Dresden
info@weiterdenken.de | www.weiterdenken.de
Redaktion: Hannah Eitel, Annegret Ode, Michael Nattke, Frank Schubert
Layout/Satz: ultramarinrot.de
Umschlaggrafik: Stefanie Busch
Dresden, Dezember 2020
ISBN print: 978-3-946541-38-7
ISBN digital: 978-3-946541-39-4

Copyright:

Das Dokument steht unter einer Creative Commons Lizenz (CC BY-NC-ND)
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>. Es darf verbreitet,
vervielfältigt oder öffentlich zugänglich gemacht werden unter folgenden Bedingungen:

- ▶ Namensnennung – Sie müssen den Namen der Rechteinhaberin (Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen) sowie die URL des Werks (Direktlink) nennen.
- ▶ Keine kommerzielle Nutzung – Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.
- ▶ Keine Bearbeitung – Dieses Werk darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.

Abweichungen von diesen Bedingungen bedürfen der Genehmigung der Rechteinhaberin:
info@weiterdenken.de

Kooperationspartner und Fördermittelgeber

Das Projekt wurde gefördert durch den Solidaritätsfonds der Hans-Böckler-Stiftung.



Diese Maßnahme wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.



Gefördert durch

STAATSMINISTERIUM FÜR SOZIALES
UND GESELLSCHAFTLICHEN
ZUSAMMENHALT



Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen,
Netzwerk Tolerantes Sachsen, Kulturbüro Sachsen (Hg.)

POLITISCH HANDELN IM AUTORITÄREN SOG

Ungehorsam

Tagungsband zu den Demokratie-Tagungen 2019 und 2021

INHALT

Vorwort

Hannah Eitel, Michael Nattke, Annegret Ode, Frank Schubert 7

TEIL I: POLITISCH HANDELN IM AUTORITÄREN SOG 14

Antifaschismus – ein unbequemes Konzept

Solveig Höppner 15

Wer Menschen verwurzelt, entmündigt sie. Warum Heimat eine autoritäre Versuchung ist und wir uns ihr entziehen müssen.

Thorsten Mense 31

Autoritäre Prävention. Abgründe vorhersagender Polizeiarbeit

Robert Feustel 43

»Ich wünsche mir, dass uns die Zivilgesellschaft nicht als Integrationsprojekt versteht, sondern erkennt, dass wir selbst Teil dieser Gesellschaft sind«

Johannes Richter im Gespräch mit Hamida Taamiri 55

Radikale Offenheit: Die Stadt für alle, die da sind

Hannah Eitel 61

»Es ist der Versuch der Verbindung von Kämpfen«

Mara Knauthe im Gespräch mit Rebecca Rahe 74

Berichterstattung über Protest: Aktivismus in der medialen Aufmerksamkeitsökonomie

Tobias Prüwer 82

TEIL II: UNGEHORSAM 93

Bestens informiert immer so weiter machen. Das ist das Problem!

Kathrin Krahl und Stefanie Busch 95

Ziviler Ungehorsam: Demokratien als riskante Ordnungen

Julia Schulze Wessel 102

»Wenn es um Macht geht, braucht es Ungehorsam für Veränderungen«

Hannah Eitel im Gespräch mit Julika Mücke 117

Gegen die Vereinnahmung zivilen Ungehorsams von rechts – eine ideengeschichtliche Verteidigung

Huyen Vu und Michael Nattke 126

Autor:innenverzeichnis 139

VORWORT

Wie viele andere Engagierte (nicht nur in Sachsen) sehen wir uns seit einigen Jahren in einem Dilemma: Wir machen Bildungsarbeit, vernetzen Engagement, beraten zum Umgang mit extremen Rechten und klären über Ideologien der Ungleichwertigkeit auf. Wegschauen ist für uns keine Option. Rechte verschwinden nicht, wenn man sie ignoriert. Die rechten Angriffe – ob rassistisch, antisemitisch, muslimfeindlich oder homofeindlich motiviert oder als Angriffe auf politische Gegner:innen – sind alltäglich. Sie betreffen uns politisch, privat und in unserer Arbeit, sie gehen uns nahe und verlangen Auseinandersetzung und Widerspruch.

Man kann Rassismus als Einstellung nicht
»wegbilden«, solange er gesellschaftliche
Institutionen strukturiert.

Doch wir gehen auch davon aus, und hier beginnt das Dilemma, dass Kritik, Aufklärung und antifaschistische Politik nicht ausreichen, um die gesellschaftliche Situation zu überwinden, die umgangssprachlich derzeit meist als »Rechtsruck« verhandelt wird. Denn Ideologien und Politiken der Ungleichwertigkeit fußen auf gesamtgesellschaftlichen Strukturen der Ungleichheit. Man kann Rassismus als Einstellung nicht »wegbilden«, solange er gesellschaftliche Institutionen strukturiert. Diese Erkenntnis haben wir auf unserer Demokratie-Tagung »Alles im weißen Bereich? Institutioneller Rassismus in Sachsen« im Jahr 2014 ausführlich diskutiert.¹

In der Tradition dieser Tagungsreihe steht auch der vorliegende Band. Die Herausgeber:innen dieser Publikation finden sich seit 2010 zu Diskussionen rund um aktuelle Fragen der Demokratie in Sachsen zusammen. Wir sind uns darin einig, dass die kritische Auseinandersetzung mit den Herausforderungen der demokratischen Gesellschaft eine dauerhafte Aufgabe ist. Gerade die Veränderbarkeit einer freiheitlichen Lebensform, in der alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Aussehen oder ihrem Bildungsabschluss mitbestimmen können, ist die große Chance,

1 Die Dokumentationen zur Tagung »Alles im weißen Bereich? Institutioneller Rassismus in Sachsen« und weitere Publikation in der Reihe der Demokratie-Tagungen finden sich auf der Seite des Bildungswerkes Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen zum kostenfreien Download, vgl. Weiterdenken et al. (2015).

Daher braucht es neben der Kritik an autoritären Bewegungen und Politik auch Visionen für eine demokratische Zukunft in einer Gesellschaft der Vielen – Visionen, für die es sich zu streiten lohnt und die Lust auf Gestalten und politisches Handeln machen.

die einer Demokratie innewohnt. Auf unseren Demokratie-Tagungen streiten wir konstruktiv über Wege und Formen, um in einer emanzipatorischen Weiterentwicklung unserer Gesellschaft handlungsfähig zu bleiben. Daher braucht es neben der Kritik an autoritären Bewegungen und Politik auch Visionen für eine demokratische Zukunft in einer Gesellschaft der Vielen – Visionen, für die es sich zu streiten lohnt und die Lust auf Gestalten und politisches Handeln machen. Solche Ideen sind da, aber sie bekommen oft zu wenig Raum in der öffentlichen und medialen Debatte, aber auch in unseren eigenen Diskussionen. Viel Aufmerksamkeit, Zeit und Kraft gehen an die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten und sie fehlen andernorts.

8

Diese Überlegungen bildeten den Hintergrund für die Idee zu unserer gemeinsamen Tagung Anfang 2019 »Politisch Handeln im autoritären Sog«.² Ziel war es, progressive und demokratische Perspektiven zu stärken. Das Bundesland Sachsen stand zu diesem Zeitpunkt vor einem Superwahljahr. Neben den Wahlen zum Europäischen Parlament standen auch die Landtags- sowie Kommunalwahlen vor uns. Bereits zu Beginn des Jahres war uns klar, dass rechtspopulistische Parteien und Gruppen mindestens ein Fünftel der Wählerstimmen auf sich vereinen würden. Darüber hinaus gab es die begründete Sorge, dass sich die Mehrheitsverhältnisse in Sachsen grundlegend zugunsten eines rechtspopulistischen und rechtskonservativen Bündnisses verschieben würden. Anstatt diesem Zustand ohnmächtig gegenüberzustehen, wollten wir progressive Ideen sichtbar machen. Dazu haben wir uns zivilgesellschaftlichen Visionen und Ansatzpunkten für das gesellschaftliche Zusammenleben und für politisches Handeln gewidmet. Der autoritäre Sog wurde dabei nicht ignoriert, aber er bestimmte auch nicht die Diskussionen. Er war als Ausgangslage präsent, trat dann aber hinter den Ideen und Perspektiven der Teilnehmenden und Referent:innen zurück. In einigen Workshops waren Reaktionen auf rechte Angriffe Thema, aber wir versuchten, über die Reaktion hinaus zu einer selbstbewussten Äußerung der jeweils eigenen Politik oder Arbeit zu kommen.

2 Die multimediale Dokumentation der Tagung »Politisch Handeln im autoritären Sog« am 18. Januar 2019 im Deutschen Hygiene-Museum Dresden findet sich auf der Tagungswebsite, vgl. Weiterdenken et al. (2019).

WAS MEINEN WIR MIT »POLITISCH HANDELN« UND »AUTORITÄREM SOG«?

Hannah Arendt versteht unter »politischem Handeln« ein kollektives Handeln mit dem Sinn von Freiheit, das etwas Neues schaffen kann.³ Daran haben wir uns orientiert. Politisches Handeln in diesem Sinne kann niemals nur Reaktion oder nur ein Verwalten des Bestehenden sein, sondern erfordert eine Initiative für das gemeinsame Gestalten der Gesellschaft.

Schwieriger fiel es, einen Begriff zu finden, der die umrissene Situation angemessen beschreibt. Rechtsruck drückt einen plötzlichen Ruck aus und ist stark verkürzt. Rechtspopulismus ist an vielen Stellen verharmlosend und wird nur mit bestimmten Akteur:innen assoziiert. Faschismus trifft nicht auf alle zu. Die meisten Begriffe sind zu komplex oder zu verkürzt. Auch der Begriff autoritärer Sog kann als verkürzt kritisiert werden, weil er nahelegt, es würden alle davon einfach mitgerissen. Dabei sind es doch immer Menschen, die autoritär handeln. Wir meinen mit autoritärem Sog eine Verschiebung ins Autoritäre, die die gesamte Gesellschaft und die politischen Institutionen betrifft, nicht nur einzelne Parteien. Autoritäre Tendenzen in der Demokratie – über extrem rechte Akteur:innen hinaus – sind zum Beispiel:

- ▶ »wenn Politik den Bereich staatlicher Eingriffe und Staatsgewalt selbstzweckhaft ausdehnt
- ▶ wenn Politik Grundrechte einschränkt, aushöhlt oder abschafft
- ▶ wenn Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung unterlaufen werden
- ▶ wenn Gesetze Bürger/innen entmündigen oder pauschal als gefährlich betrachten.«⁴

Autoritär ist Politik also dann, wenn sie Freiheiten einschränkt oder unterläuft und ihr Handeln nicht begründet, es nicht transparent und demokratisch legitimiert ist. Außerdem werden politische Forderungen und Entscheidungen oft rechtspopulistisch oder autoritär begründet:

- ▶ mit immer größer werdenden Gefahren
- ▶ mit vermeintlichen Sachzwängen (>alternativlos<)
- ▶ mit Law&Order-Ansätzen, also indem alle möglichen Themen als Probleme von Ordnung und Verwaltung gerahmt werden.«⁵

3 Arendt (2007).

4 Eitel (2018): 7.

5 Ebd.

Selbstverständlich gibt es Unterschiede zwischen den extrem rechten Parteien und Bewegungen – untereinander und erst recht zu demokratischen Parteien oder Verwaltungshandeln. Doch ein autoritärer Gedanke von Kontrolle, Beherrschung, Verbot und Zwang zieht sich vielfach durch die Politik. Wir haben das vor allem an drei Bereichen diskutiert: Wird Gemeinschaft eindeutig und abgeschlossen verstanden oder als verhandelbare Zugehörigkeit? Wie wird politischer Streit geführt – mit Einschüchterung und Verboten oder als offene Debatte mit menschenrechtlichen Grundsätzen? Wie wird das Verhältnis von Staat und Bürger:innen bestimmt – muss sich staatliches Handeln rechtfertigen oder wird Kritik an staatlichem Handeln pauschal delegitimiert?

Darüber hinaus soll der Begriff Sog auf den Prozess verweisen, auf etwas, das in Bewegung ist, und auf die anziehende Wirkung, die extrem rechte Politiken offenbar haben. Die extreme Rechte setzt Impulse; weitere politische Spektren entscheiden sich gewissermaßen fürs »Mitziehen«. Denn was gestern bei Pegida gefordert wurde, ist heute oft schon bei anderen Parteien angekommen. Im Jahr 2014 forderte Pegida, eine Integrationspflicht ins Grundgesetz aufzunehmen und an das Asylrecht zu koppeln. Heute ist es geltendes Recht, dass Asylsuchenden die Unterstützungsleistungen gekürzt werden können, wenn sie bestimmte Integrationskurse nicht besuchen. Oder Stichwort Migrationsabwehr: Deutschland ist so abgeschottet, dass um jede einzelne Aufnahme von Flüchtenden gekämpft werden muss. Anstelle eines solidarischen Asylrechts und eines offenen Einwanderungsrechts steht eine verschließende Politik, die Menschen ertrinken lässt oder in Lagern zurücklässt – von autoritärer Politik geschaffene Orte par excellence.

Ein Sog lässt jedoch auch immer Verwirbelungen zu. Gesellschaft ist nicht alternativlos, sondern kann durch Handeln verändert werden.

Ein Sog lässt jedoch auch immer
Verwirbelungen zu. Gesellschaft ist
nicht alternativlos, sondern kann
durch Handeln verändert werden.

UNGEHORSAMES HANDELN

Im Jahr 2020 sollte die Fortführung dieser Überlegungen bei einer weiteren Tagung unter dem Titel »Politisch Handeln im autoritären Sog – Ungehorsam« stattfinden. Wegen der Pandemie musste sie vorerst vertagt werden. Auch hier bildeten Angriffe auf zivilgesellschaftliches Engagement die Hintergrundfolie, nicht nur vonseiten der extremen Rechten, sondern zunehmend von konservativen Kräften und auch von Verwaltung und Politik. Antifaschistische Vereine und Initiativen werden als linksextremistisch delegitimiert, Bildung wird Neutralität abverlangt. Selbst das Retten von Menschenleben im Mittelmeer wird kriminalisiert. Damit weiterzumachen, heißt immer öfter, ungehorsam zu sein oder sich zumindest dem Verdacht des Ungehorsams auszuliefern. Doch es gilt gerade im autoritären Sog: Demokratie lebt vom Ungehorsam.

Ungehorsam macht ungerechte
und ungleiche Zustände
und den Protest dagegen sichtbar.

Ungehorsam macht ungerechte und ungleiche Zustände und den Protest dagegen sichtbar. Mit Mitteln des Ungehorsams haben sich viele Gruppen in unserer Gesellschaft erst Gleichberechtigung erkämpft. Ungehorsam hat darüber hinaus ein emanzipatorisches Potential, er birgt die Möglichkeit für neue Ideen und politische Veränderungen. Wir verstehen Ungehorsam breit: einerseits als zivilen Ungehorsam, als kollektiven Regelübertritt, wie der Begriff meistens verwendet wird. Andererseits schließen wir auch die Verweigerung von Gehorsam, die Verweigerung des Mitmachens und Weitermachens mit ein. Wir wollen die Fragen diskutieren, wie viel Ungehorsam die Demokratie braucht, welches utopische Potential sich in Formen des Ungehorsams verbirgt und was Ungehorsam im autoritären Sog bedeutet. Bevor wir auf einer Tagung zusammenkommen können, machen die Beiträge in diesem Band dafür einen Aufschlag.

ZUM INHALT DIESES BANDES

Der Band gliedert sich in zwei Teile, analog zu den beiden Tagungen. Im ersten Teil werfen Solveig Höppner, Thorsten Mense und Robert Feustel einen Blick auf das Autoritäre: Solveig Höppner widmet sich in ihrem Beitrag der Delegitimierung von Antifaschismus. Mit langer Tradition wird in Sachsen Antifaschismus als Extremismus und damit als ungehorsam kriminalisiert. Antifaschismus ist jedoch Teil von Demokratie, was ihn nicht weniger selbstbewusst und provokant machen soll. Thorsten Mense beschreibt Heimat als eine autoritäre Versuchung, die gefährliche Ausschlüsse, aber keine Antworten auf gesellschaftliche Probleme bietet. Robert Feustel zeigt am Beispiel künstlicher Intelligenz, wie polizeiliches Handeln immer weiter auf uns zugreifen kann.

Die anderen Beiträge im ersten Teil setzen den Fokus auf das politische Handeln für eine Gesellschaft der Vielen. Johannes Richter befragt Hamida Taamiri zu ihrem Engagement in Bautzen, Mara Knauth befragt Rebecca Rahe zum Gedanken der Vernetzung und gegenseitigen Unterstützung im Bündnis #unteilbar. Hannah Eitel plädiert dafür, solidarisches Handeln bei radikaler Offenheit als politischen Entwurf zu denken und erklärt das an Kämpfen für das Recht auf Stadt. Tobias Prüwer geht der Frage nach, warum rechte Proteste so viel mediale Aufmerksamkeit erhalten und wirbt für mehr Verständnis zwischen emanzipatorischen Bewegungen und Journalist:innen. Er gibt Hinweise, die dabei weiterhelfen sollen.

Eine Bilderstrecke von Stefanie Busch und Kathrin Krahl zum Thema »Unterlassen und Verweigern« leitet den zweiten Teil zum Ungehorsam ein. Zum Verhältnis von Ungehorsam und Demokratie gibt der Beitrag »Demokratien als riskante Ordnungen« von Julia Schulze Wessel eine Einführung und vertiefende Gedanken. Julika Mücke beantwortet Hannah Eitel Fragen zur Legitimität von zivilem Ungehorsam am Beispiel von Black Lives Matter. Zuletzt stellt sich die Frage, ob nicht auch die Proteste von rechten Bewegungen als ziviler Ungehorsam verstanden werden müssen, was Hyuen Vu und Michael Nattke in ihrem Beitrag klar verneinen.

Dresden im Oktober 2020

Hannah Eitel, Michael Nattke, Annegret Ode und Frank Schubert

LITERATUR

- Arendt, Hannah (2007):** Vita activa oder Vom tätigen Leben. München/Zürich.
- Eitel, Hannah (2018):** Was heißt autoritärer Sog? In: Politik im autoritären Sog. Dossier zu Grundrechten in Zeiten des Rechtsrucks, hg. v. Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, Dresden, S. 7–10.
- Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, Kulturbüro Sachsen, Antidiskriminierungsbüro Sachsen (Hg.) (2015):** Alles im weißen Bereich? Institutioneller Rassismus in Sachsen. Erweiterter Tagungsband. Dresden.
- Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, Kulturbüro Sachsen, Netzwerk Tolerantes Sachsen (Hg.) (2019):** Dokumentation zur Tagung »Politisch Handeln im autoritären Sog« am 18. Januar 2019 im Deutschen Hygiene-Museum Dresden, 10.02.2019, www.weiterdenken.de/politisch-handeln, 17.10.2020.

**TEIL I:
POLITISCH HANDELN
IM AUTORITÄREN SOG**

»ICH WÜNSCHE MIR, DASS UNS DIE ZIVILGESELLSCHAFT NICHT ALS INTEGRATIONS-PROJEKT VERSTEHT, SONDERN ERKENNT, DASS WIR SELBST TEIL DIESER GESELLSCHAFT SIND«

Der autoritäre Sog beeinflusst auch die Arbeit marginalisierter Gruppen wie Migrant:innen. Welches Engagement setzen Migrant:innen dem entgegen?

IM INTERVIEW VON JOHANNES RICHTER MIT HAMIDA TAAMIRI, KOORDINATORIN VON KOMMIT IN BAUTZEN, werden diese Fragen diskutiert.

Johannes Richter: Der Landkreis und die Stadt Bautzen machen bundesweit immer wieder Schlagzeilen mit neonazistischen sowie rechten oder verschwörungs-ideologischen Vorfällen, Übergriffen und einer scheinbar sehr rechten Stimmung in der Region. Neben einer starken rechten Szene fällt aber auch die Verwaltung oft mit einer sehr autoritären Politik gegenüber Geflüchteten und Migrant:innen auf. Der Sächsische Flüchtlingsrat berichtet immer wieder von einer autoritären Rechtsauslegung und kritisiert Maßnahmen der Behörden scharf. Wie nimmst du die Stimmung in der Region wahr und wie bewertest du das Vorgehen der Behörden?

Hamida Taamiri: Ich denke, die Stimmung in der Gesellschaft ist gespalten. Auf der einen Seite gibt es Menschen, die sind hilfsbereit, freundlich und neugierig. Viele sind desinteressiert. Und es gibt Menschen, die beleidigen uns mit Blicken und Worten und diskriminieren uns rassistisch. Bei den Behörden gibt es natürlich Regeln und Verordnungen. Diese Bürokratie ist schwierig für uns. Wir wissen, dass es Regeln geben muss, aber der Ton macht die Musik. Daran halten sich leider nicht alle Mitarbeiter:innen in der Verwaltung.

Die Verwaltung ist ein Spiegel dieser Gesellschaft. Manchmal höflich und hilfsbereit, oft auch streng, ab und zu von oben herab, diskriminierend und beleidigend. Dann sind wir froh, dass wir Unterstützung vom Sächsischen Flüchtlingsrat und anderen haben. Insgesamt habe ich den Eindruck, dass Behördenmitarbeiter:innen häufig ihre Menschlichkeit hinter Paragraphen verbergen.

In einem Vortrag über die Gründung einer Migrantenselbstorganisation (MSO) in Bautzen meinstest du einmal sinngemäß, »Bautzen ist nicht braun, Bautzen ist bunt«. Tatsächlich gibt es in der Region Ostsachsen zahlreiche MSOs und deren erste landkreisweite Vernetzung in Sachsen. Bautzen scheint tatsächlich nicht nur eine starke rechte Szene zu haben, sondern auch viele organisierte Migrant:innen. Wie wichtig sind diese MSOs für dich in dieser politischen Stimmung?

Zuerst möchte ich auf das oben genannte Zitat eingehen (Bautzen ist nicht braun). In meiner Heimat habe ich gelernt: Wenn ein Baum nicht genug Wasser hat, gibt es für ihn Strategien, um zu überleben. Er bildet tiefere Wurzeln, um Wasser zu finden, dadurch wird er stärker und niemand kann ihn stürzen. Diese Metapher übertrage ich auf Bautzen. Ich sehe viele unterschiedliche Menschen, die sich unterstützen, ein buntes Netzwerk bilden und neue Wege finden, um sich den Nazis entgegenzustellen.

Die Gruppe der MSOs ist so bunt wie die Gesellschaft, aus der sie hervorgegangen ist; nicht alle sind an politischen Themen interessiert, manche ungeübt oder ängstlich, aber in der Auseinandersetzung mit Alltagsthemen politisieren sich immer wieder Einzelne und das treibt mich an.

56

Warum sind für uns MSOs und der Austausch unter anderen Migrant:innen wichtig? Das neue Leben hier ist für Migrant:innen oft sehr schwierig. Es gibt starke rechte Strukturen, die uns nicht hier haben wollen und bedrohen und wir erleben täglich Ablehnung von Mitbürger:innen, die uns im Alltag Schwierigkeiten bereiten. Wir suchen nach Orten, Plattformen, um (auch über schlechte Erfahrungen) miteinander zu reden und auch um Lösungen zu entwickeln, weil wir hier für uns, unsere Familien, unsere Freund:innen ein friedvolles Leben haben möchten. Viele Migrant:innen leben in der Angst, dass die Gesellschaft sie nicht als Mitmenschen akzeptiert – dieses Gefühl bedeutet, dass sie keinen inneren Frieden, keine innere Stabilität zu finden. Natürlich sind wir in der Arbeit untereinander auch nicht immer einig, jeder, der sich engagiert, wird wissen, dass dies überall so läuft. Doch egal, wie uneins sich Migrant:innen vielleicht auch unterschiedlicher Herkunft manchmal sein mögen, wir wissen, wovon wir sprechen, wenn wir einander von unserem Alltag und den Abweisungen erzählen, die wir erleben.

Was haben diese MSOs und Migrant:inntreffen mit der Metapher des Baumes gemeinsam? Wir sind wie dieser Baum – es gibt nicht genug Wasser, deshalb versuchen wir gemeinsam mit anderen Menschen (die dieselben Schwierigkeiten erleben), uns zu vernetzen, um stärker zu werden. Menschen, die diese alltägliche Ablehnung nicht kennen, werden es vielleicht nicht gleich verstehen, aber: Es geht in der Metapher und auch in unserer Arbeit schlicht ums Überleben (*survive*). Der Baum

sucht nach Wasser, weil er es muss. Es ist kein einfacher Prozess für den Baum, aber er muss es tun. Genauso müssen wir Wege finden, um psychisch und mental gesund zu bleiben. Wir erleben die Schwierigkeiten und wissen, was es bedeutet, sich immer wieder darum bemühen zu müssen, ein Recht zu haben, Teil dieser (lokalen) Gesellschaft zu sein – ein Recht, das viele Bürger und Bürgerinnen als selbstverständlich ansehen können.

Du erwähnst in Gesprächen immer wieder, wie wichtig dir Politik ist und dass sich MSOs als politische Akteure verstehen sollen. Was bedeutet für dich Politik und wo liegt das politische Handeln von Organisationen wie dem KOMMIT Bautzen¹ oder dem Frauenverein Nissaa e. V.² in deinen Augen?

Wie viele Menschen unterscheide auch ich zwischen Staatspolitik und der Graswurzelbewegung von unten. Realistisch gesehen berücksichtigt die Staatspolitik immer das Kräfteverhältnis in der Welt und dient den Interessen der politischen Eliten, was häufig den Interessen der normalen Bevölkerung widerspricht. Zum Beispiel hat eine bekannte deutsche Politikerin 2015 für eine Million Geflüchtete die Grenze geöffnet, aber später mit Erdoğan und an der EU-Außengrenze einen Deal vereinbart, um Geflüchtete festzusetzen. Damit hat sich Europa erpressbar gemacht. Nur wenn es ein starkes politisches Engagement von unten gibt, kann diesem Verhalten Einhalt geboten werden. Mein Ziel ist die Entwicklung solcher Bewegungen von unten – wie Nissaa e. V. und KOMMIT.

57

Welche Visionen und Utopien hast du für die Region Ostsachsen? Was treibt dich in deinem Engagement an und woher nimmst du die Kraft, diese zahlreichen Projekte umzusetzen?

Meine Vision ist eine Gesellschaft, in der wir alle ohne Rassismus und Diskriminierung friedlich leben können. Je schlimmer die Ungleichheit und je häufiger ich Situationen erlebe, in denen sich ein Machtgefälle zeigt, desto mehr Kraft schöpfe ich. Es

-
- 1 KOMMIT: Das Netzwerk Komitee wurde 2019 von und für MSOs gegründet. KOMMIT ist überparteilich und religionsübergreifend tätig und versteht sich als starke Stimme aller im Landkreis Bautzen lebender Migrant:innen. Beteiligt an dem Komitee ist eine Vielzahl von Vereinen, Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen. Diese Art von landkreisweiter Vernetzung, die von den MSOs selbst gestaltet wird und basisdemokratisch agiert, ist in Sachsen bisher einzigartig.
 - 2 Nissaa e.V.: Der Frauenverein Nissaa in Bautzen wurde 2017 gegründet von Arabisch sprechenden Frauen. Zweck des Vereins ist die Förderung der Jugendhilfe, Förderung von Kunst und Kultur, Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsbildung, Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens sowie die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern.

gibt aber auch Momente, in denen ich nicht weiß, wie ich weitermachen kann. Ich habe manchmal Angst um meine Kinder. Auch die Finanzierung von unseren Projekten ist immer unsicher. Das gehört auch mit zur Wahrheit – wir arbeiten in einem Arbeitsfeld, das politisch gern gesehen ist, aber oft prekäre Verhältnisse hat. Einerseits habe ich viele Ideen und lerne auch durch die angespannte Lage viel dazu, ich treffe tolle und clevere Menschen, mit denen ich Neues ausprobieren (und bin auch dankbar, dass dies meistens umgesetzt werden kann). Andererseits bin ich auch manchmal müde, die Arbeit als Koordinatorin ist herausfordernd und die ständige Frage, wie auch kleine Ideen finanziert werden können, zehren auch oft an meinen Nerven und rauben mir den Schlaf. Meine Utopie ist eine Welt ohne Rassismus, auch in Ostachsen.

Immer wieder sprichst du davon, dass auch Migrant:innen selbstbewusst und bestimmt klare Forderungen und Ansagen gegenüber Stadtverwaltung und politischen Entscheidungsträger:innen formulieren sollten. Tatsächlich ist es dir in Kooperation mit anderen Aktiven gelungen, im Frühjahr 2020 ein großes Vernetzungstreffen im Stadtratssaal von Bautzen zu veranstalten, bei dem Vertreterinnen der Stadt Bautzen Grußworte gesprochen haben. Was bedeutet für dich selbstbewusstes und bestimmtes politisches Auftreten? Was zeichnet für dich eine klare Forderung aus?

Ich und andere aktive Migrant:innen möchten als ebenbürtige und gleichwertige Partner:innen im Dialog mit Vertreter:innen von Parteien, von Verwaltung, anderen Organisationen, schlicht der Mehrheitsgesellschaft, wahrgenommen und behandelt werden. Kurz gesagt setze ich mich für gleichberechtigte Teilhabe in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ein.

Wir Migrant:innen wünschen uns Unabhängigkeit, um nicht nur benutzt zu werden. Viele sehen sich als Bürger:innen zweiter Klasse, weil sie trotz ihrer Stärken als solche behandelt werden. Die Migrant:innen selber sollten diese Situationen der Minderwertigkeit überwinden und selbstbewusster werden. Denn sie sind mit ihren Erfahrungen ein Teil dieser neuen Gesellschaft. Doch dazu braucht es mehr Möglichkeiten zur gleichberechtigten Teilhabe an vielen Bereichen des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens. Migrant:innen dürfen und machen in meinen Augen nicht nur Integrationsarbeit, sondern bearbeiten Themen, die alle Menschen betreffen und die ganze Gesellschaft bewegen. Aus diesem Grund sollten sie in allen Bereichen als gleichberechtigte Partner:innen betrachtet werden und ihr Engagement sowie Politik nicht auf das Thema Integration beschränkt sein. Als Beispiel möchte ich eine Aktion am 17. September 2020 in Bautzen nennen. Die Aktion sollte an die Versprechen der UN erinnern, an die Agenda 2030 und die entsprechenden Nachhaltigkeitsziele. Sie warf die Frage auf: Ist es bisher gelungen, dass niemand auf

dem Weg zu Bildung, Klimaschutz, finanzieller Sicherheit und Gerechtigkeit zurückgelassen wurde? Es gab insgesamt 17 Versprechen der UN und somit 17 Stationen, die symbolisch jeweils von einer Person vertreten wurden. Teilnehmende waren Privatpersonen, ehrenamtliche Vereine und Organisationen sowie öffentliche Institutionen. Unsere Aktion war keine Aktion von Migrant:innen, sondern eine Aktion der Gesellschaft, der Bürger:innen des Landkreises. Migrant:innen sind ein Teil dieser Gesellschaft.

Welche Rolle spielen in deinem politischen Aktivismus Verbündete und welche Wünsche und Erwartungen hast du an eine kritische Zivilgesellschaft? Wie können Aktivist:innen wie du vor Ort und aus der Ferne unterstützt werden?

Allianzen innerhalb einer kritischen Zivilgesellschaft sind eine Notwendigkeit, besonders seit der Erstarkung der Rechten. Nur wenn wir viele Akteur:innen sind, können wir unseren Anliegen Gehör verschaffen. Daher entstand auch die Idee, KOMMIT zu gründen, was uns helfen könnte, das schon erwähnte Machtgefälle zu verschieben, besonders in politischer Hinsicht.

Ich wünsche mir, dass uns die Zivilgesellschaft nicht als Integrationsprojekt versteht, sondern erkennt, dass wir selbst Teil dieser Gesellschaft sind. Integration ist kein Angebot oder eine Einladung. Sie ist ein Grundbedürfnis beider Gesellschaften. Wir alle sollten versuchen, der anderen Seite Türen zu öffnen und ein friedliches Zusammenleben möglich zu machen.

Keine Integrationspolitik, sondern Gesellschaftspolitik für alle – MSOs sind mehr als nur Integrationsprojekte. Dazu ist es auch notwendig, dass Teile der Zivilgesellschaft ihre Perspektive ändern und ihre politische Rolle besser verstehen und sich Fragen stellen zur Demokratie und wie es um sie bestellt ist. In unserer Arbeit hilft uns Solidarität, Medienaufmerksamkeit und nicht zuletzt natürlich finanzielle Unterstützung.

2019 fand eine Tagung zum Thema »Politisches Handeln im autoritären Sog« statt. Eine Anschluss-tagung sollte sich mit dem Thema »Ziviler Ungehorsam« beschäftigen. Wenn du als politische Aktivistin diese Themen hörst, was sind deine ersten Assoziationen?

Ich komme aus einem Land, das nicht demokratisch regiert wird, deshalb bedeuten diese Themen viel für mich. Seit fünf Jahren lebe ich in einem demokratischen Land und nach wie vor stellen sich mir zu diesem Thema viele Fragen. Ich denke, dass Demokratie vom Ungehorsam lebt. Ich frage mich immer wieder, wie viel Ungehorsam die Demokratie braucht.

In demokratischen Ländern birgt der Ungehorsam viele Möglichkeiten für neue Ideen und politische Veränderungen. Bedauerlicherweise habe ich entdeckt, dass hier politische Initiativen und Zivilgesellschaft unter Druck stehen von den Forderungen und Parolen rechtspopulistischer und neofaschistischer Bewegungen zum Beispiel. Sogar das Retten von Menschenleben im Mittelmeer kann eine Form des Ungehorsams sein. Hier genau möchte ich ein paar Fragen an uns alle stellen:

1. Ist die Demokratie hier in Ordnung?
2. Was bedeutet Demokratie für die oder den Einzelne:n?
3. Gibt es Gründe von außen, die zu einer Zunahme von neonazistischen und rechten Tendenzen geführt haben?

Nach meinen Erfahrungen in dieser Gesellschaft möchte ich einige Ideen als ersten Eindruck äußern: Wir brauchen eine Analyse der Geschichte der Demokratie insbesondere unter der Frage: Welche Bedeutung hat der Ungehorsam in der Entstehung und in den Grundlagen der Demokratie?

Ich erinnere mich an ein Zitat von George Bernard Shaw, der sagte: »Demokratie ist ein Verfahren, dass garantiert, das wir nicht besser regiert werden, als wir es verdienen.«

Ich denke, dass wir politische Weiterbildung zum Thema Demokratie brauchen.

Hamida Taamiri ist in Syrien geboren und arbeitet als Projektkoordinatorin bei POKUBI Sachsen. Dort koordiniert sie das KOMMIT Bautzen, ein Zusammenschluss verschiedener MSOs und Partnerorganisationen. Darüber hinaus hat sie in Bautzen den syrischen Frauenverein Nissaa e. V. gegründet und ist Mitglied im Vorstand von Willkommen in Bautzen e. V. In der Region Ostsachsen ist sie eine der wichtigsten Ansprechpartner:innen für MSOs und begleitet immer wieder Migrant:innen auf dem Weg, sich zu organisieren. Regelmäßig organisiert sie Jugendcamps und schafft Räume des politischen Empowerments für Migrant:innen in Ostsachsen.